

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden - A. 16, Holbeinstr. 46

Telefon 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Ausgabe A mit Post, 2. Klasse vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. - Ausgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. - Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Petit-Spalte 40 J. im Restanteil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. - Für unvollständig geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen!

Völkerbund und Kolonialpolitik

In der britischen Wochenchrift „The New Europe“ vom 12. Juni findet sich ein Zeitartikel, der namentlich in kolonialen Kreisen Beachtung verdient einmal wegen seines Inhaltes, dann wegen der Zeitschrift, in der er sich befindet. Um das erstere vorwegzunehmen, weisen wir darauf hin, daß die genannte Wochenchrift, die erst im Jahre 1915 gegründet wurde, hervorragend unterrichtete Mitarbeiter besitzt und zu Regierungskreisen gute Beziehungen unterhält. Das Blatt meint, daß der Gedanke des Völkerbundes die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles beherrschen müsse. „The New Europe“ erklärt den Frieden nur für einen Notbehelf, der erst durch die Entwicklung, die ihm im Laufe der Zeit zuteil werde, ein wirkliches Fundament der Völkerbeziehungen werden könne, so wie er augenblicklich sich darstelle, sei er namentlich in allen wirtschaftlichen Fragen ein Nonjens. Aber die Durchführung des Völkerbundesgedankens werde ihn zu einem lebensfähigen Instrument machen, des Völkerbundes, der ein Organ des gemeinsamen, Zusammenwirkens, nicht aber eine über alles stehende Behörde sei! Und als die erste Aufgabe der Organisation des Völkerbundes erklärt das Blatt die Frage des kolonialen Mandates. In gewisser Beziehung berühren sich diese Ideen, wenn auch nicht völlig mit dem, was der General Smuts neulich in einer vielbeachteten Rede ausführte, die er nach der Meinung des „Manchester Guardian“ nicht ohne Billigung der Regierung hielt. Aber er sprach nicht vom kolonialen Mandat, wie das jetzt „The New Europe“ tut. In der Tat, das Mandat darf, wie die britische Wochenchrift ausführt, kein toter Buchstabe sein. Die vor dem Kriege geübte Praxis darf nicht weiter gehen; denn die öffentliche Meinung der Welt entwickelt sich nach links und eine Erklärung der führenden EntenteStaatsmänner, daß sie eine wahrhaft demokratische Kolonialpolitik verfolgen wollten, würde überall einen sofortigen begeisterten Widerhall finden, namentlich auch in Amerika! Die rechte Lösung der Frage des Mandates, so erklärt „New Europe“ richtig, sei der Heim für einen echten Völkerbund, und von der Kolonialfrage hinge sein Schicksal ab.

Man wird diesen Ausführungen in Deutschland voll und ganz zustimmen; sah doch der deutsche Völkerbundesentwurf, der selbst von Verbandsseite als weit besser wie der der Entente bezeichnet wird, bereits die wirklich demokratische Verfassung des Völkerbundes und die demokratische Behandlung der Frage des Mandates vor! Freilich wird uns „The New Europe“, mit dem wir in der Wertung des kolonialen Mandates bezüglich seiner Bedeutung für den Völkerbund vollkommen einig gehen, zugeben müssen, daß es eine noch dringlichere Aufgabe für den Völkerbund gibt, nämlich die, daß alle Staaten in ihn aufgenommen werden. Es ist in der Tat da nicht alles demokratisch, wie es doch nach den Ausführungen der EntenteStaatsmänner sein sollte. Wieder sind durch den Völkerbund Proletariat geschaffen worden, die nicht an all seinen Vorteilen teilnehmen. Dieser Proletariat ist Deutschland und Rußland, vor allem aber Deutschland, in dessen Herzen noch dazu die Wunde brennt, daß man ihm ein moralisches Gesandnis auf koloniale Unfähigkeit erpressen wollte! Soziale Gleichheit aber ist die Vorbedingung für glückliche Entwicklung nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch im Verkehr der Völker untereinander. Es widerspricht der Logik und den leitenden Ideen, die die Menschheit augenblicklich mit nie geheimer Bestigkeit beherrschen und erschüttern; fort mit den Völkerbundsproletariaten, die mit neidischen Augen ansehen, wie Glücklichere über Güter verfügen, die man ihnen vorenthält. Die soziale Idee lebt, und sie hat ihr eigenes Leben, unabhängig von den Vor- oder Nachteilen derer, die sie zuerst verkündeten! Das Mandat muß daher allen zugänglich sein, und zwar bald. Die amerikanische Denkschrift, die kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes auf Vorschlag des Obersten Howe verfaßt wurde, hat ganz recht, wenn sie bezüglich der Kolonialfrage bemerkt, eine Kolonialmacht sei nicht Eigentümerin, sondern Treuhänderin der Kolonie und der Eingeborenen!

In Deutschland gibt es weite Kreise, die trotz allem zu der Idee des Völkerbundes noch Vertrauen haben und in ihm einen Weg zur Rettung aus dem unüberwindlichen Gefährdungen des Völkerhauses sehen. Aber sie verlangen mit Recht Taten! Sie empfinden diesen Ausschluß des deutschen Volkes unter so beleidigenden Umständen, wie es geschah,

von der kolonialen Arbeit, als eine moralische Ohrfeige, die unvergessen bleiben wird, bis voller Ehrenterz geleistet ist, bis das Einverständnis erfolgt, daß lediglich die brutale Kriegspolitik, deren Grundlagen unethisch sind, zu diesen beleidigenden Handlungen führte. Daran wird das deutsche Volk aber erst glauben, wenn es in den Völkerbund nicht aufgenommen, sondern auch mit einem kolonialen Mandat versehen worden ist; denn ein in der Völkerbundsfrage ehrliches Deutschland ist eine gewaltige Gewähr für den Bestand des Bundes, der sonst zur „heiligen Allianz“ heruntersinken und in kurzen als eine angelegentlichste Heuchelei zur Unterdrückung freier Nationen dastehen wird. An der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und der Lösung seiner berechtigten kolonialen Ansprüche, die es nie aufgeben kann, an diesen Fragen hängt die Zukunft und die Ruhe der Welt!

Unsere Außenpolitik

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die heillosen Niederlage, die wir erlitten, und der furchtbare Friede, den wir unter dem Druck der feindlichen Gewalt hinnehmen mußten, hat das deutsche Reich als Machtfaktor für lange Zeit ausgeschaltet. Das deutsche Volk soll nach dem Willen unserer Gegner vorläufig in der Welt nicht zu rechnen, dafür aber in Ergebnisseit und Abhängigkeit gehalten werden. Das aber wird selber die Entente nicht glauben wollen, daß ein Millionenvolk, das in sich die Kraft und den Willen hat, sich in der Welt zu behaupten und trotz aller Widerwärtigkeiten eine Rolle zu spielen, zu der es auf Grund seiner Geschichte berufen ist, sich die Vormundrolle gefallen lassen wird. Wir denken gar nicht daran, zu Verfall und Sklaven der Entente zu werden oder uns von ihnen vorzeichnen zu lassen, wie wir leben und unsere Beziehungen zu den anderen Völkern der Erde einrichten sollen.

Der Friedensvertrag verlangt von uns eine fast völlige Abrüstung auf militärischem Gebiete, eine Wehrlosmachung, die einzig in der Welt dasteht, und wie man so bisher noch nie einem Volke zugemutet hat, während unsere ehemaligen Gegner sich ansahen, unter sich Waffenbündnisse zu schließen und damit von neuem Europa zu beunruhigen. Wir können zwar vorläufig nichts dagegen tun, aber wir werden niemals aufhören, dagegen zu protestieren, um gleiche Abrüstung zu fordern, damit endlich eine allgemeine Gewähr für einen dauernden Frieden geboten wird. Wir sind zu dieser Forderung auch schon aus deswillen berechtigt, weil der Friedensvertrag Millionen Deutscher vom Rechte losreißt und in Fremdberrschaft bringt. Dadurch schneidet man willkürlich und ohne unsern Willen die Grenzen der Zivilisierten der Anzweiflung und des Hasses. Wir müssen aber auf jeden Fall verstehen, daß neue Kriege hervorgerufen werden. Der Gedanke an einen ewigen Weltfrieden kommt von Deutschen, er muß endlich einmal verwirklicht werden. Wenn ohne unsere Schuld neue Streitigkeiten entstehen, und sie können nicht ausbleiben, jede einzelne Bestimmung des Friedensvertrages läuft darauf hinaus, so müssen diese Streitigkeiten auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und Vereinbarungen geregelt werden. Im Geiste der Verfassung muß er Volk zum anderen sprechen, das Mandat des Schwertes muß endlich ausgeschaltet werden. Daher wird die deutsche auswärtige Politik sich auch als eine Gegnerin jeder Revolution zeigen, die gemeinsame Maßnahmen der Völker zu friedlichen Belästigungen erheben.

Unsere alten Gegner haben uns den Eintritt in den Völkerbund verweigert. In unserem Volke hat aber der Völkerbundsgedanke zu tiefen Wurzeln gefaßt, als daß wir auf die Zulassung verzichten könnten. Das deutsche Volk wird daher so lange nach der Aufnahme rufen, bis diese ihm gewährt wird, allerdings verhehlen wir uns nicht, daß der Völkerbund in seiner jetzigen Form reformbedürftig ist und eine gänzliche Umgestaltung gebraucht, ehe er zum wahren Völkerbund werden kann. Dann auch erst werden die Gedanken einer Völkererziehung überall durchdringen.

Die von uns im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen werden loyal durchgeführt werden. Das auswärtige Amt selber wird die Regelung aller Fragen in die Hand nehmen. Um der Welt zu zeigen, daß wir wahrhaft bestrebt sind, den ungerichteten Schäden wieder gutzumachen, wird es unsere erste Sorge sein, alles zu tun, um die ge-

störten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich wieder aufzubauen. Auch die unabweisbaren Kriegsentschädigungen, die trotz allem noch von uns gefordert werden, sollen nach bestem Willen abgetragen werden.

In der Erkenntnis, daß unsere Zukunft aufs engste verknüpft ist mit unseren künftigen Nachbarn, hauptsächlich mit Rußland und den aus dem ehemaligen russischen Reich hervorgegangenen Staaten, wird unsere auswärtige Politik darauf gerichtet sein, mit diesen Ländern baldmöglichst in freundschaftlichen Verkehr zu treten. Solange in Rußland noch eine halbheuchlerische Regierung an der Spitze des Staates steht, ist schwer verständlich an einen freundschaftlichen Verkehr noch nicht zu denken. Deutschland wird es aber unter allen Umständen vermeiden, zu die inneren Verhältnisse Rußlands einzugreifen. Ueberhaupt soll in unserer auswärtigen Politik der Gedanke vorherrschen, niemals die Verhältnisse irgend eines Landes zu beeinflussen. Der Verkehr mit den neutralen Staaten, der auch während des Krieges sich noch in teilweise guten Bahnen bewegte, soll mehr als bisher gefördert werden. Das ist uns jedoch nur dadurch möglich, daß wir weitgehende Handelsbeziehungen mit ihnen anknüpfen. Der Friedensvertrag legt uns allerdings hier große Schwierigkeiten auf. Das Gebot der Neutralität, das wir unteren ehemaligen Gegnern gegenüber einhalten müssen, zwingt uns, die Neutralen in gewissen Sinne zu benachteiligen. Es muß daher ein anderer Weg gesucht werden, der ihnen und uns gerecht wird.

Durch die Ratifizierung und Inkraftsetzung des Friedens erhält Deutschland das Recht, wieder auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Allerdings wird noch geraume Zeit vergehen, ehe unsere Volkswirtschaft wieder in der Lage ist, an die Ausfuhr eigener Produkte zu denken, zudem werden die deutschen Kaufleute mit ihren Waren mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen haben. Unsere auswärtige Politik muß dafür Sorge tragen, daß diese Schwierigkeiten überall beseitigt werden und Handelsbeziehungen mit allen Staaten wieder angeknüpft werden, mit denen wir vor dem Kriege verkehrten. Unsere auswärtige Politik wird also in gewissem Maße Handelspolitik sein.

In den Jahren vor dem Kriege sind große und schwere Fehler gerade in unserer auswärtigen Politik begangen worden. Das muß auf jeden Fall für die Zukunft verstanden werden. Die Reichsregierung beabsichtigt daher, das auswärtige Amt gänzlich umzugestalten und für eine umfassende politische Schulung der Beamten Sorge zu tragen. Diese wird sich hauptsächlich auf das Studium und die Kenntnis des Auslandes beziehen. Der Nachrichtenendienst soll neu reformiert werden. Zu diesem Zwecke wird auch eine eigene Nachrichtenstelle beim Auswärtigen Amt eingerichtet werden.

Die deutsche auswärtige Politik wird also Friedenspolitik sein. Jeder Frieden, der irgendwie Mißtrauen bei anderen Staaten erwecken kann, soll und muß vermieden werden. Von der Erkenntnis geleitet, daß der wahre Friede nur dann zu erreichen ist, wenn die Völker sich im friedlichen Wettbewerb regen, wird das deutsche Volk seine ganze Arbeit in den Dienst des Friedens stellen und sich an dem Wettbewerb der Staaten beteiligen.

Neue Reichsgesetze

(Von unserem parlamentarischen Vertreter)

Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung wiederum eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe zugehen lassen, die schnellstens ihre Berücksichtigung finden sollen. Eines der wichtigsten ist das Gesetz über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte. Der arbeitende Volksteil soll in Zukunft das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben erhalten und als Mitbestimmer am Kapital und Teilhaber am Produktionsgewinn angesehen werden. Das Inkrafttreten solcher Bestimmungen ist mehr oder minder eine Verwirklichung aller sozialistischer Forderungen. Die jetzige Regierung, deren Mitglieder ja zumeist aus der sozialistischen Fraktion hervorgegangen sind, mußten ihren Parteigenossen dieses Gesetz bringen. Aber auch die anderen Parteien haben längst erkannt, daß die Forderungen des Volkes in gewissem Sinne berechtigt sind und daher auch erfüllt werden müssen. Der beste Beweis für die alleinige Erkenntnis ist der, daß die Nationalversammlung sich mit großer Mehrheit für die Verankerung der Rechte der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete in der Verfassung bereit erklärt und auch für geeignete Sozialisierungsmaßnahmen gestimmt haben.

Mehrere 1000 Schüsseln Teller und Tassen in Steingut u. Porzellan
Kochkisten Einkochgläser Einkochapparate
Rote echte Gummiringe
Emaille-, Aluminium-, Kochgeschirre
Sächs. Haus- und Küchengeräte - Magazin Dresden - A., Frauenstraße 5
Aluminium-Löffel und Gabeln, per Dutzend Mk. 12.50

Drei weitere Gelebenswörter betreffen die Verstaatlichung des elektrischen Kraftbetriebes, der Braunkohlenerzeugung und der Erzgruben. Durch die Sozialisierung der drei wichtigsten Gebiete unseres Wirtschaftslebens wird das Reich zum mächtigsten Faktor unserer Volkswirtschaft. Das gesamte Industrieleben in Deutschland wird dadurch vom Staate oder vom Volke — denn die Regierung präsentiert ja die oberste Macht des Volkes im demokratischen Staate — abhängig. Das Volk kann also in Zukunft selber die Form und den Inhalt unserer Wirtschaft bestimmen und regeln. Um die Macht des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete aber noch mehr zu heben, gedenkt das Reich, eine Reihe von Monopolen für die wichtigsten Produktionsmittel einzuführen. Wir verhehlen uns nicht, daß es nicht ohne große Stürpe für Einführung dieser Bestimmungen und Gelebe kommen wird, denn erst jetzt soll die Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete kommen. Andererseits aber wird auch die Erkenntnis obliegen, daß diese Maßnahmen im Großen und Ganzen berechtigt sind, um unsere Wirtschaft überhaupt einmal wieder in einen geordneten Gang zu bringen.

Das Reichsarbeitsministerium hat bereits vor einigen Tagen schon der Nationalversammlung eine Vorlage zur Reichsversicherungsordnung vorgelegt. Auf diese soll in den nächsten Tagen zur Beratung kommen. Die Regierung fordert vor allem eine Erhöhung der Alters-, Invaliden- und Minderrenten. Wichtiges Kapitel der Vorlage werden sich mit der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge beschäftigen. Das Reich sieht es als eine Ehrenpflicht an, diesen Menschen zu helfen und sie vor der Not zu schützen. Dieses Gelebe ist wohl das sympathischste, das bisher von der Volksvertretung beraten wurde. In letzter Zeit sind uns eine gewaltige Menge von Steuereinständen in Aussicht gestellt worden, keiner von uns wird sich darüber freuen, denn einem jeden verlangen sie ohne Opfer ab, aber das Ausräubergelebe wird keinem Deutschen unwillkommen sein, im Gegenteil, unser Volk wird mit Freuden begrüßen, daß das Reich endlich die Initiative ergreift, um denen zu helfen, die es sich verdient haben.

Enttäuschung

(Von unserem parlamentarischen Vertreter)

In der Nationalversammlung treibt der Redetier sein Ungeheuer. Die neuen Parlamentarier, die sich alle eifrig bemühen, vor dem Saale ihre Redekunst zu beweisen, haben schon in manche wichtige Debatte gründlich hineingezögert und sind auch heute schuld daran, daß die erwartete politische Aussprache nicht stattfinden kann. Präsident Fehrenbach hatte auf die heutige Tagesordnung zwei Interpellationen der Deutschen Volkspartei betreffend Landwirtschaft und Landarbeiterstreik an erste Stelle gesetzt in der Erwartung, daß man sich mit kurzen Reden begnügen würde, um nachher den einzelnen Fraktionsrednern bessere Gelegenheit zu den in Aussicht gestellten politischen Erklärungen zu bieten. Das Haus, das bis auf den letzten Platz besetzt ist, sieht sich sehr enttäuscht, als statt kurzer Antworten, die sich auf die Interpellationen beziehen sollten, stundenlange nichtssagende Reden gehalten werden. Der Abg. Wittboesselt von der Deutschen Volkspartei verzichtete auf, um was eigentlich debattiert werden soll und löst dem Saale einen früheren volkswirtschaftlichen Vortrag, der den Anwesenden kein Interesse abgewinnt, was schon die wiederholten Schärfe aus allen Parteien beweisen. Minister Schmidt nicht sich zu seinem Bedauern gezwungen, auf die Einzelheiten der Rede einzugehen und verfällt auf die Idee, dem Saale das Programm seines von Wiffel übernommenen Ministeriums darzulegen. Auch seinen Ausführungen gegenüber verhält sich das Haus höchst gleichgültig, von den Abgeordneten verschwindet einer nach dem anderen aus dem Saale und bald herrscht eine so öde Leere

vor, wie sie das Haus wohl selten gesehen hat. Der Abg. Dufche, gleichfalls von der Deutschen Volkspartei, ergeht sich in heftigen Angriffen auf die Regierung, die an dem Landarbeiterstreik die meiste Schuld trage. In gleichem Sinne bewegen sich die Ausführungen des Abg. Schörens von den Deutschnationalen. Reichsarbeitsminister Schlicke sucht, so gut es eben geht, die Angriffe zu parieren und beschränkt sich im übrigen darauf, auf die Reformen hinzuweisen, die von seinem Ministerium für die Arbeiterschaft ausgearbeitet werden.

Nun soll die große Aussprache beginnen. Der Saal ist jetzt so leer geworden, daß kaum noch von jeder Fraktion zehn Abgeordnete anwesend sind. Die beiden Rechtsparteien haben vollständig den Saal verlassen. Der sozialdemokratische Redner Kräpzig hält einen schön angelegten Vortragsvortrag. Seine Partei stimmt, wie das ja auch nicht anders zu erwarten war, der Erklärung der beiden Minister Bauer und Müller zu. Die Seitenhiebe auf die Deutschnationalen verbleiben völlig wirkungslos, da kein einziger Abgeordneter dieser Partei mehr anwesend ist. Das alte Lied vom völkerverfeindenden und völkerverwundenden Sozialismus, das in der Nationalversammlung tagaus, tagein in ewig gleichbleibender Monotonie gesungen wird, macht selbst auf die Mitglieder seiner Partei keinen Eindruck. Die Lobsprieche auf die Revolution rufen bei den bürgerlichen Abgeordneten nur ein ironisches Lächeln hervor. Man ist wirklich froh, als der Redner endlich noch einseitiger Rede sein Manuskript zusammenklappt und verschwindet. Hauptmann, der an Stelle Fehrenbachs die Versammlung leitet, sieht sich gezwungen, mit Rücksicht auf die geringe Beteiligung des Hauses die Beratung abzubrechen.

Weimar, 24. Juli

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 19 Uhr 25 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Krüger (Deutschnat.) und Heinze (Deutsche Vp.) über die Landwirtschaft. Abg. Wittboesselt (Deutsche Vp.) zur Begründung der Interpellation: Wir verlangen die schleunigste Beilegung der Außenhandelszölle. Der freie Handel ist ein gutfunktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Bauer verhindern und unsere Valuta bessern. Entscheidend ist die Beilegung der Zölle. Zwangsbestimmungen sind nur noch für Brot und Mehl nötig. Alle Kriegs- und Zwangsgelebesheiten müssen aufgehoben werden. Wir fordern Sozialisierung mit Maß und Schutz des Auslandsdeutschen. Reichsarbeitsminister Schmidt: Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das Gesamtinteresse es erlauben zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die unbeschränkte Zulassung der Ausfuhr geht bei der gegenwärtigen Preislage und bei dem Stande der Valuta nicht an. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen Dingen, die wir im Lande einbehalten können oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Es folgen die Interpellationen Dr. Heinze und Gen. (Deutsche Volksp.) und Krüger (Deutschnat.) betr. Landarbeiterstreik. Abg. Dufche (Deutsche Volksp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beilegt, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermehrt haben. Abg. Behrens (Deutschnat.) verlangt von der Regierung Erregung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturalöhne auszusahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens. Reichsarbeitsminister Schlicke: Als Vorbereitungsmaßregel ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung noch folgendes gelehrt bzw. in Aussicht genommen: Ein Erlaß, der den wilden Stündigungen der

Landarbeiter vorbeugen soll, Ausbau der Befestigung des Tarifwesens, endlich sind Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, sondern auch vor allen Dingen seitens der Arbeitgeber. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzufassen oder einzuschränken. — Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach beschließt das Haus die Besprechung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden. Abg. Kräpzig (Soz.): Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwickelt hat, stimmen wir im großen ganzen zu, aber wir müssen fragen, wo bleibt der Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend verursacht haben. Die Sozialisierung muß durchgeführt werden, wenn auch nicht in allen Wirtschaftszweigen. Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz den lebenswichtigen Betrieben gegen die Gefahren. Die Selbstzerfleischung des Volkes muß aufhören. Alle Kreise müssen zusammenstehen, damit unser deutsches Volk nicht untergeht. — Um 1/2 12 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr, außerdem kleine Anfragen.

Stimmungsmache

Zu dem Bericht des Geheimrats von Berg über den Kaiser, den wir am Dienstag wiedergeben haben, schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 188) unter obiger Spitzmarke folgendes: „So weit es sich um die Schiedung der Stimmung handelt, in der sich der Kaiser befindet, ist gegen diesen Artikel nichts einzuwenden. Er ist aber ungeeignet auf den Ausdruck „Auslieferungsparagraph“, der in diesem Zusammenhang nur auf den Kaiser selber gemünzt verstanden werden kann. Das aber ist falsch und ungenau. Die deutsche Nationalversammlung hat nur einen Vertrag angenommen, in dem die Auslieferung Wilhelms II. gutgeheißen wird. Artikel 27 des Friedensvertrages besagt nur, daß die Entente Wilhelm II. unter öffentliche Anklage stellt, und daß die Entente an die Niederlande das Ersuchen stellen werde, den ehemaligen Kaiser auszuliefern. So liegen die Dinge und das ist festzuhalten, sobald man sich öffentlich mit dieser sehr heißen Angelegenheit beschäftigt, in der auch die Entente inzwischen schon ein sehr dickes Haar gefunden hat. Wenn nun der ehemalige Chef des Zivilkabinetts des Kaisers zu dieser Sache das Wort ergreift, so sollte er sich vorher entweder ganz genau über den Wortlaut des Friedensvertrages unterrichten, oder, wenn er ihn kennt, sollte er auch nur irgendwie mißverständliche Ausdrücke vermeiden. Das könnte nämlich sehr leicht als eine bewusste Stimmungsmache mit nicht einwandfreien Mitteln aufgefaßt werden, was um so peinlicher zu vermeiden ist, als unsere Feinde alleinst wie Tiger auf der Lauer nach deutschen Ungleichheiten liegen, um durch Entfesselung einer Preßkriege gegen eine neue „deutsche Gefahr“ aus einer Situation herauszukommen, in der sie sich je länger je unbehaglicher fühlen.“

Rheinland-Westfalen

Düsseldorf, 24. Juli. Auf Einladung des preussischen Staatsministeriums traten am 23. d. M. im Städtelhaus zu Düsseldorf die berufenen Vertreter des Rheinlandes und anderer westlicher Staatsteile zu einer Besprechung über das Verhältnis der westlichen Teile des preussischen Staates zum Staatsganzen zusammen. Soweit es erforderlich ist, sollten dabei alle trennenden und bindenden Tatsachen tunlichst unter Zurückstellung der parteipolitischen Gedankengänge in sachlicher Weise gewürdigt werden. Demgegenüber wurden sowohl Anhänger als Gegner der Bestrebungen an der Loslösung von Preußen geladen. Die Anhänger hatten leider der Einladung nur in geringem Umfang

Uli der Pächter

Von Jeremias Gottschell

(14. Fortsetzung.)

„D.“ sagte der erste, „soviel wirst doch nicht zu klagen gehabt haben, einmal wegen der Zweie nicht; die ist, wie man sie nicht an allen Orten antrifft.“ „Einsweilen wohl“, sagte der zweite, „aber ob es so bleibt, fragt sich. Was ich merken mochte, nimmt man aus der Welt alle Sonntag ein Pfund bis zwei weniger Fleisch und in letzter Woche hatten wir zweimal keine Milch auf dem Tisch und bin ich recht berichtet, so mußten sie vorgestern dem Brot erst den Schimmel abkratzen, ehe sie es auf den Tisch stellen konnten. Wenn es so käme, so wäre dies mir nicht anständig, von wegen ein Jahr ist lang und aus dem Jahr zu laufen ist nicht meine Sitte.“ „Man muß nicht immer das Höfere glauben und mit dem grauen Brot kann das allenthalben gesehen; am Geschmack merkte man nichts und der Müller kann vielleicht auch noch daran schuld sein. Die Haglen neben manchmal das Wehl, daß man Schneeballen daraus machen kann oder es als Wehluppe brauchen, ehe es noch in der Pfanne ist.“ entgegnete der erste.

Am Samstag also fuhren sie nach Spreu aus und luden in Fern an der Matte ein gewaltig Fuder. Spreu war sehr wohlfeil und die Müller froh, wenn er ihnen aus dem Wege kam. Manchmal wird sie rar, ist schwer und teuer zu bekommen, wenn man sie am nötigsten hätte. Mit der Spreu unter den Menschen ist's umgekehrt; da wird er am teuersten, wenn er ont zahlreichsten ist; da schämt er sich dann selbst und zwar wie ein Jude seinen lumpigsten Trödel. Obgleich Uli wohlfeile Spreu kaufte, so war er doch sehr übler Laune. Der Müller hatte ihn aufgezogen, wie wohlfeil der Bauer das diesjährige Korn werde geben müssen; da sollten sie nicht stumm haben, daß sie die Zeit verschäumen müßten, Müller in ihre Speicher zu führen, um das Korn zu zeigen. Da verleihe wahrlich kein Müller einen Fuß. „Die Bauern können

zu uns kommen, es vor das Haus bringen; das Beste wollen wir ansehen, und uns noch sehr bedenken, ob wir für das Malter (150 Liter) drei Taler geben wollen.“ Uli wollte das in Abrede stellen, behaupten, die Preise würden eher steigen als fallen. „Nah, nah, Junge, belehre einen Alten nicht; siehe zuerst ein paar Jahre an der Sonne und lasse dich trocken hinter den Ohren.“ sagte der Müller. Die Speicher sind ganz voll altes Korn; neues wird es geben, es weiß kein Mensch wieviel und auf der Straße nach Deutschland hängt ein Schwab am andern; jeder hat einen vierpännigen Wagen voll Korn und man sagt, sie würden bald die Leute anhalten, um Gottes willen umsonst es ihnen abzunehmen, nur damit sie Platz kriegen für das neue draußen in Schwabenland. Jetzt wollen wir den Bauern die Preise machen; sie haben uns lange genug das Blut unter den Nägeln hervorgepreßt.“ Wer mit Weggern, Müllern und Schweinhändlern Umgang zu haben das Glück gehabt, kenn diese Sprache wohl und weiß sie zu erwidern in ähnlicher Tonart. Indessen macht sie doch Eindruck. Ein alter Pfiffikus weiß alsbald, was an der Sache ist, bleibt falkstübig und richtet sich danach. Jüngere zartere Gemüter, wie z. B. Uli noch eins hatte, die empfinden den Eindruck solcher Reden nicht, sondern sie können ihn auch nicht verbergen. Je weniger sie das können, desto größere Freude hat so ein alter Müller oder Wegger, ihnen recht heiß, sie so ganz klein zu machen, daß er sie fäglich in einen Darm stoßen und als Bratwurst präsentieren könnte. So machte es auch der Müller Uli, daß der ganz müde und klein von ihm ging und dachte, wie er doch der Unglücklichste sei und daß es doch so schrecklich sich treffen müsse, daß er eine Nacht übernommen, jetzt das Korn nichts gelte, ja Schwaben es ins Land brächten und anhielten um Gottes willen, daß man es ihnen abnehme, nur damit sie daheim Platz kriegen für das neue. Daß es nicht hold so schrecklich sei, zu ernten hundert Malter statt nur fünfzig, und die hundert Malter einen Drittel wohlfeiler zu verkaufen daran dachte Uli nicht.

Er dachte nicht, daß das das Schrecklichste ist, wenn man nichts geerntet, nichts hat als einen Tisch voll hungriger

Leute und doppelt so teuer als sonst das Brot ist. Er kalkulierte, wie die Meisten, und dachte nicht, wie töricht, ja sündlich ein solcher Kalkül ist. Er kalkulierte, daß er am weitesten kommen täte, wenn er recht viel Korn mache und es recht teuer verkaufen könnte. Um die, welche es kaufen müßten, kümmerte er sich nicht; aber daß es nun nicht geben wollte, wie er dachte, nicht alles Wasser alleine auf seine Mühle laufen wollte, das zürnte er schrecklich an Gott und Menschen. Der arme Knecht, welcher in diesem Augenblick sein Nächster war, mußte es zuerst entgelten. Es ist sonst Sitte, daß man bei solchen Gelegenheiten sich und dem Knechte so einigermassen gütlich tut, ein ordentlich Mittagessen macht, ohne sich großartig aufzuwarten zu lassen. Der Knecht erwartete auch nichts anderes, besonders da man die Spreu fast umsonst erhalten. Da kann man denken, was für ein laip Gefäß er machte, als Uli, gefragt, was er verlange, hastig sagte: „Eine Flasche Wein und Suppe!“ „Und Fleisch nachher?“ fragte die Wirtin. „So“, sagte Uli, „wenn man eine gute Suppe hat, so kann man es schon machen; es wäre mancher zufrieden; wenn er alle Tage eine hätte!“ Die Wirtin hatte schon mehr mit Bauern zu tun gehabt; sie trat nicht weiter ein, sondern fragte: „Was für Wein soll ich bringen?“ „Sechsbäigen“, sagte Uli, „der ist gut für die: Durst und es macht heiß!“ „Nah“, dachte der Knecht, das geht mager zu.“ stopfte sein Viehschen, um nachzubessern und machte ein tief sinniges Gesicht. Wein und Suppe kamen; mit eingestückten Armen wartete die Wirtin, bis die letztere halb gegessen war; dann fragte sie: „Fleisch werde ich doch auch bringen sollen? Hätte Boreffen, hunderbar händ's Rindfleisch und Speck zum Kraut, wie es üblich und brauchlich, wenn man weit herkommt, weit beim muß. Wenn man läuft, so ist so ein Süpplein gleich runter und so leer zu laufen, so fahren ist nicht gut; man ist gar übel dabei.“ „Nacht, so sag's“, sagte Uli zum Knecht. „Es ist nicht an mir zu befehlen“, sagte der Knecht; „wer zahlt, der befehle.“ Auf dieses Wort hin machte die Wirtin rechts um und sagte: „Nah hole; ihr seid gewiß nicht reuig. Daneben könnt ihr immer noch nehmen oder nicht, wie es euch beliebt.“

me
tig
dar
Frei
und
von
Ref
fü
pau
sel.
Zur
Ber
Um
der
wird
bei
kein
Ran
licht
der
Kraft
in a
politik
der
Sch
Wet
Frage
des
geht
gen
eine
sabe
Berb
über
Külle
erfan
Widst
den
mit d
sei, d
zu H
tung
Wach
gegen
her d
Deut
trager
in sel
trägl
dem
wird
Art. 1
ordn
versta
dem 2

folgt geleistet. Von den preussischen Ressort waren er-
 zienen Ministerpräsident Dierich, Handelsminister
 Fischel, Kultusminister Dänisch, Justizminister
 Kunze, Verkehrsminister Stegerwald,
 mehrere Ministerialdirektoren und Räte; auch das Auswärtige
 Amt war vertreten. Eine Uebereinstimmung ergab sich
 darüber, daß Bestrebungen zur Loslösung westlicher Staats-
 teile vom Reich die schärfste Verurteilung verdienen. Ob
 und inwieweit zu einem Zeitpunkte durch die Loslösung
 von Preußen Vorteile in den Friedensbedingungen oder
 Beschäftigungsverhältnissen hätten erwartet werden können,
 schied aus der Erörterung aus, da es im gegenwärtigen Zeit-
 punkte nicht mehr von irgendwelcher praktischer Bedeutung
 sei. Während einerseits die Angehörigen wirtschaftlicher
 Interessengruppen ausdrücklich darauf hinwiesen, daß eine
 Herbeiführung des deutschen Wirtschaftsgebietes unter keinen
 Umständen angängig sei, selbst auch bei den Anhängern
 der Loslösungsbestrebungen kein Zweifel darüber, daß
 wirtschaftlich solche Vorteile für einen Weststaat, die nur
 bei einer Annäherung nach Westen zu erreichen sein würden,
 keineswegs angestrebt werden würden. Die Wünsche des
 Landes auf einen ausreichenden Spielraum für seine berech-
 tigte Eigenart, insbesondere bezüglich der Heranziehung
 der mit besonderer Kenntnis von Land und Leuten ausge-
 statteten Beamten schien durch die neue Verwaltungspraxis
 in ausreichender Weise erfüllt werden zu können. Kultur-
 politische Fragen nahmen in besonderer Weise das Interesse
 der Versammlung in Anspruch. Trotz der sich hier zeigenden
 Schwierigkeiten scheint man bei dem guten Willen der
 Beteiligten eine sachgemäße Einigung auch aller dieser
 Fragen zu erwarten. Im Vordergrund der Beratungen
 des zweiten Tages stand der Gesetzentwurf über die Aus-
 gestaltung der Selbstverwaltung der Provinzen.
 Minister Drenow gab den Verhandlungen hierüber
 eine wertvolle Grundlage durch die Erörterung der Grund-
 sätze der von ihm bearbeiteten Verwaltungsreform. Die
 Verhandlungen über die Verwaltungsreform und das Gesetz
 über die Ausgestaltung der Selbstverwaltung boten eine
 Fülle beachtlicher Anregungen. Es wurde von allen Seiten
 erkannt, daß das letztgenannte Gesetz zwar nach verschiedenen
 Richtungen hin einer Ueberprüfung bedürftig, daß aber auf
 dem Wege, auf dem dieses Gesetz liegt, im Zusammenhange
 mit der Ausgestaltung der Reichseinheit das Mittel gefunden
 sei, das staatliche Verhältnis Deutschlands zu einer Lösung
 zu führen, die für Deutschland die größte Zukunftsbewe-
 gung habe für ein Dauer verheißendes ruhiges inneres
 Wachstum und zugleich außenpolitisch die größte Sicherheit
 gegen Abweichungsversuche biete. Die Beunruhigung, die bis-
 her durch die Frage der staatlichen Gestaltung in das gesamte
 Deutsche Reich und insbesondere in seine Grenzmarken ge-
 tragen worden sei, wurde im gegenwärtigen Augenblick als
 in sehr hohem Maße einer Befriedung unseres Staates ab-
 trügnlich angesehen, daß die Hoffnung begründet erscheine,
 daß dem von allen Seiten Rechnung getragen wird. Insbesondere
 wird zu hoffen sein, daß der Sinn der Bestimmungen des
 Art. 18 des Reichsverfassungsentwurfes über die zweijährige
 Frist, nach der erst den Wünschen auf eine staatliche Neu-
 ordnung Preußens näherzutreten werden darf, allseitig dahin
 verstanden wird, sich jeglicher Werbetätigkeit dafür unter
 dem Druck der Besatzungstruppen zu enthalten.

Tagesmeldungen

Der Völkerverbund

Genf, 24. Juli. Aus dem Bericht des Deputierten
 Renard in der vorgestrigen Sitzung des Friedensaus-
 schusses der Kammer geht hervor, daß Deutschland nach dem
 1. Oktober zum Völkerverbund zugelassen werden
 soll. Es heißt nämlich in dem Bericht, es sei beschlossen
 worden, daß Deutschland nach der Washingtoner Sitzung
 der Internationalen Arbeiterkonferenz, die am 1. Oktober
 dieses Jahres stattfinden soll, zu dieser Konferenz und zu
 dem internationalen Arbeitsbureau seine Vertreter entsen-
 den dürfe, was, so sagt der Bericht, ihm anerkennend
 den Zugang zur Gesellschaft der Nationen vom 1. Oktober
 an ermöglicht. Ueber diesen Punkt hat die Friedenskommit-
 tion beschlossen, noch den Minister des Auswärtigen und den
 Arbeitsminister zu hören. Sodann hat sie unter diesem
 Vorbehalt den Bericht Renards angenommen.

Die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages

Versailles, 23. Juli. In der gestrigen Sitzung der
 Friedenskommission der Kammer legte Abg. Dubois den
 Bericht über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages
 vor, ohne ihn zu beenden. Aus den Ausführungen ver-
 dient hervorgehoben zu werden, daß nach seinen Erklärungen
 Frankreich für die Verpflegung eines Soldaten im besetzten
 deutschen Gebiet 6 Frank für den Tag ausrechnet, Amerika
 dagegen 12 Frank. Von der ersten Entschädigungszahlung
 von 20 Milliarden sollten zunächst die Lebensmittel für
 Deutschland bezahlt werden, denn Wilson habe erklärt,
 wenn eine Kuh Milch geben sollte, müsse man
 ihr auch Futter vorsetzen. Der Ausschuß sei der
 Ansicht, daß die Frage Frankreichs derart sei, daß es
 nicht mit einer jährlichen Amortisa-
 tionsquote von weniger als 1 Milliarde,
 und zwar für eine Periode von 50 Jahren, zufrieden
 geben könne und daß diese Summe ihm auf irgendeine Art
 diskontiert werden müsse. Die Kommission scheint daher
 Richtung gewisse Garantien seitens der Verbündeten Frank-
 reichs verlangen zu wollen. Sie ist der Ansicht, daß dem
 Völkerverbund eine interalliierte Finanzabteilung anzuglie-
 dern sei, die nach dieser Richtung Frankreich zu unterstützen
 verpflichtet sei. Ueber alle diese Fragen soll ein Fragebogen
 aufgestellt werden, den die Regierung zu beantworten hat.

Wilson's Sieg

Amsterdam, 24. Juli. Der Reporter Korrespondent
 der „Daily News“ meldet, daß eine Abänderung des
 Friedensvertrages nicht mehr erwartet wird
 und daß sogar zweifelhaft ist, ob der Senat einen Vor-

behalt macht. Ansetzend hat Präsident Wilson dem
 Senat den neuen Entwurf über den Ernst der Lage in
 Europa beigebracht.

Der englische Liberalismus gegen den Friedensvertrag
 Amsterdam, 24. Juli. „Daily News“ vom 22. d. M.
 zählt in einem den Friedensvertrag behandelnden Leit-
 artikel die von Lord Robert Cecil in seiner Unter-
 handlung angeführten Mängel des Vertrages an
 zu denen die Besetzung des Saarlandes, die Abrüstung
 Deutschlands ohne gleichzeitige Abrüstung der Alliierten,
 die unbestimmte Entschädigungsform, die Trennung von
 West- und Ostpreußen und das Fehlen jeder Gegenseitig-
 keit in den dem Gegner auferlegten wirtschaftlichen Bedin-
 gungen gehöre, und schreibt: Gegen diese Dinge und den
 Geist, den sie verkörpern, muß der Liberalismus Krieg füh-
 ren. Die Verbredchen des Friedensvertrages
 müßten abgeändert oder ausgetilgt werden,
 und zwar durch die Aktion der öffentlichen Meinung. Alle
 Anstrengungen müßten zusammengefaßt werden, um den
 Völkerverbund zum Hauptwerkzeuge der Beziehungen in der
 Welt zu machen. In dieser Aufgabe müßte die Arbeiter-
 schaft in hohem Maße mitarbeiten. Sie habe dies bisher
 nicht getan. Ein besserer Wille für die Interessen würde ge-
 lehrt, daß die Neugründung der Welt ein ebenso zwen-
 dlicher Teil ihrer Angelegenheiten sei, wie das Problem
 der Föhne und Niederschläge zu sein. Das Müßte idlich.
 Wir haben das Material für den Frieden; jetzt muß das
 Volk zusehen, daß es einen guten Gebrauch davon macht.

Dänische Unruhen in Sonderburg

Kiel, 24. Juli. Aus Sonderburg wird mitgeteilt: Am
 23. Juli landeten in Sonderburg ohne Erlaubnis und Ausweise
 etwa 1500 dänische Pfadfinder unter der Führung
 von Offizieren. Die dänische Bevölkerung der Stadt hatte
 sich an der Landungsbrücke eingefunden, um dadurch den
 erwarteten Widerstand der Behörden gegen die Landung
 zu unterbinden. Die Pfadfinder wurden von den Sonder-
 burger Schriftleiter Graus durch eine Rede er-
 fangen, in der er heftige Anschuldigungen gegen die
 Deutschen mit Hochrufen auf das höhere Tannentafel
 verband. Unter seiner Führung traten die Pfadfinder dann
 eine Demonstrationsszenerie durch die Stadt an unter
 Abhängung dänischer Lieder. Durch das Verhalten Graus
 gereizt, zog abends ein Zug Dänischer an das dänische Ver-
 sammlungshaus und verlangte seine Auslieferung, aber
 ohne Erfolg. Graus verlammete heute morgen die dänische
 Bevölkerung auf dem Markt und veranlaßte die Menge zu
 dem Beschluß, ihren Auszug nach Kopenhagen zu ent-
 senden, der den Verband zur sofortigen Befreiung
 Norddithlews zur Sicherung der angeblich kün-
 digen Bevölkerung auffordern soll.

Unsere Kriegsgefangenen

Amsterdam, 24. Juli. „Daily News“ vom 22. d. M.
 meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine
 große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege
 über Dover - Rotterdam in die Heimat zurückzuführen.
 Der erste Transport hat sich am 21. d. M. auf dem
 Dampfer „St. Dennis“ eingeschifft.

Schreckensherrschaft der Südslawen

Wien, 23. Juli. Aus Marburg a. d. Drau wird ge-
 meldet: Um 2 Uhr nachts kam es hier zu blutigen Schre-
 ckerien mit den Südslawen. Es entstand ein
 wüster Lärm und eine Schierei, die die ganze Nacht an-
 hielt. Die geängstigten Einwohner wurden aus dem
 Schlafe gerückt, denn es mißfiel sich bald in die Schierei
 das Geknatter von Maschinengewehren und Handgranaten-
 explosionen. Am Montag fand man in den Straßen Sol-
 datenleichen. Die Draubrücke war in der ganzen Ausdeh-
 nung mit Blutlachen bedeckt. Die Soldaten erzählten,
 daß die Kämpfe über 100 Tote (?) und 200 Verwundete als
 Opfer gefordert haben; es wurde wie toll darauf losge-
 schossen. Einige Tote hänzten in die Drau, andere wiefen
 man in den Fluß. Es bestehen zwischen den serbischen
 und slowenischen Soldaten scharfe Gegensätze, zu-
 mal die Serben von der Regierung besonders bevorzugt
 werden. Die Kroaten sind Herren der Lage. Von den
 Fenstern des Kaffeehauses „Der Koenhof“ starren Ma-
 schinengewehre auf die Draubrücke.

Wie die „Zeit“ aus Kärnten meldet, üben die Süd-
 slawen im besetzten Gebiete eine Schreckensherr-
 schaft aus, indem sie für die bevorstehende Volksab-
 stimmung einerseits aus allen Teilen Südslawiens
 Lebensmittel für die Bevölkerung billig abgeben, andererseits
 dieselbe Bevölkerung mit Schred- und Drohmitteln bearbei-
 ten, wenn sie es sich beifallen ließe, für Deutschösterreich
 zu optieren. Daher flüchteten aus dem von den Südslawen
 besetzten Gebiete nicht weniger als 14000 Deutsche.

Bandage, 23. Juli. Das Ung. Telegr.-Korr.-Bureau
 erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Mel-
 dungen über den Ausbruch einer Revolution in Kroa-
 ten. Die Serben versuchen, die kroatischen Revolutionä-
 re durch Militär niederzuhalten. An mehreren Orten
 sei es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten
 gekommen. Weitere Meldungen besagen, daß die kroati-
 schen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige
 kroatische Republik ausgerufen und für die ungarische
 Kätterrepublik demonstriert hätten. Etwa 10000 überschritten
 die kroatischen Soldaten die Demarkationslinie und ver-
 brüdereten sich mit ungarischen roten Soldaten.

Kohlenmangel in England

Amsterdam, 24. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus
 London, daß sich die Einschränkung des Eisen-
 bahverkehrs und des Betriebes der Untergrund-
 bahnen nötig mache. Außerdem habe der Verkehrskontroll-
 leiter den Blättern eine Verordnung zuwehen lassen, die be-
 stimmt, daß eine Kanüle nicht mehr als zwei Zentner Kohle
 erhalten dürfe. Der Streik habe auf einige Kohlenfelder
 in Nottinghamshire übergreifen. In Lancashire seien
 wieder 800 Arbeiter an die Arbeit gegangen. In den N.-

lands müßten immer mehr Zabrillbetriebe wegen Kohlen-
 mangels eingestellt werden. Wägliderzeile würden alle
 Leitzfabriken stilllegen müssen. In Bradford seien 300
 Wäglider keine Arbeit. Dr. Grimsby läge die
 Dampfer still und in Hull leide die Schifffahrt ernstlich.

Amsterdam, 24. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus
 London vom 22. Juli: Der Vorsitzende des Bergarbeiterver-
 bandes von Yorkshire Smith hat erklärt, daß das Vorgehen
 der Regierung, die Matrojen nach Yorkshire zu schicken, um die
 Pumpwerke im Strohengebiet zu bedienen, die Bergarbeiter
 in ihrer Haltung bestärken werden. Der Streik hat wie-
 der an Ausdehnung zugenommen. In Lancashire
 streiken 7000 Mann, in Nottinghamshire 20000 Mann. Die
 Industrie wird durch den Kohlenmangel sehr behindert. Die
 großen Firmen im Distrikt Sheffield erklären, daß sie selbst
 bei größter Sparlichkeit im Kohlenverbrauch ihren Betrieb
 nur noch einige Tage fortsetzen können. Die Kohlen-
 fabriken an der Nordwestküste von England haben sich wegen
 der Erhöhung der Kohlenpreise genötigt gesehen, die Koh-
 lenpreise um 12 Schilling die Tonne zu erhöhen.

London, 24. Juli. Im Unterhause teilte Bonar Law
 mit, die augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei
 folgende: 6 Kohlenbeden sind erschöpft, 17
 Beden in Gefahr zu erlöschen. Der Streik hat sich in
 Derbyshire ausgedehnt. In zwei Schächten wurden die
 Pumparbeiten eingestellt. Dadurch befinden sich die Schächte
 in Gefahr. In Lancashire und Nottinghamshire ist die
 Lage unverändert. In Nordwales befindet sich ein großer
 Teil der Arbeiter im Aufstand. Es ist jedoch beschloffen
 worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Entschlei-
 dung über die von den Arbeitern vorgeschlagenen Bedin-
 gungen getroffen ist. Der Vollzugsauschuß der Bergarbeiter
 wird morgen mit Lloyd George und Bonar Law zusamen-
 treten.

Grundwechselfsteuer für kirchlichen Besitz

Weimar, 24. Juli. Am Grundbesitzreformgesetz sind
 gestern Abg. Duard namens der sozialdemokratischen
 Partei Entwürfe für alle Steuerzuschüsse an die Kirchen
 allen Parteien zu unterziehen, auch gemäß § 8 alle 20
 Jahre von dem kirchlichen Besitz die Grundwechself-
 steuern zu erheben. Nur Vermögensbesitzer, die milden
 Zwecken dienen, sollen steuerfrei sein. Abg. Dr. Mann
 (Zentrum) erklärte, daß die Religionsgesellschaften zu
 den Lasten der Kriegszeit einen zweifellos nicht geringen
 Teil zu tragen haben werden. Die Beamten der Kirche tra-
 gen die neuen Steuern genau wie jede andere Berufs-
 stufe. Wollte man aber von Gebäuden, wie der stöner Dom
 und ähnlichen solchen Kirchengebäuden, alle 20 Jahre eine
 Grundwechselfsteuer erheben, so würde dies eine schrecklich
 erdrückende Last werden. Die kirchlichen Gebäude hätten
 hohen Geldwert, führten aber nicht materielle, sondern nur
 geistige Werte, die vor allem in der Gegenwart nötig sind.
 Dem stimmte Abg. Burckhardt (Zentr.) völlig bei, und
 Abg. Tschirner (Zentr.) erklärte, daß durch derartige Vor-
 schläge der Gesetzentwurf für das Zentrum unannehm-
 bar werde. Auch Abg. Sollmann (Soz.) ermahnte die
 Kollage mancher Diakonalgemeinden mit hohem Kirchen-
 besitz an.

Einigung in der Reichssteuergesetzgebung

Berlin, 24. Juli. Wie die „Voss. Ztg.“ aus zuver-
 lässigen Quelle aus Stuttgart erfährt, ist zwischen dem
 Reichsfinanzminister Erzberger und den süddeutschen
 Finanzministern in der Frage der Ausgestaltung der
 Reichssteuergeetze eine Einigung erzielt worden.

Streichhölzermopol

Im Zwölferauschuß der Nationalversammlung haben
 sich Sozialdemokraten und Zentrum auf einen Antrag ge-
 einigt, wonach die Herstellung und der Vertrieb der Zünd-
 hölzer vorerst bis zum 31. März 1920 in Staatsmopol
 übergeben soll. Damit ist ein Weg für die Monopolisierung
 der Streichhölzer gefunden.

Der Mordprozeß Meuring

Dresden, 24. Juli.

In der heutigen Vormittags-Sitzung beantragen die
 Verteidiger Rechtsanwalt Bergmann und Rechtsanwältin Hill
 die Angeklagten Freie und Merkel aus der Untersuchungs-
 haft zu entlassen. Seitens der Staatsanwaltschaft und des
 Justizrates Dr. Freuzel wird die Ladung weiterer Zeugen
 beantragt, worauf die Zeugenerhebung fortgesetzt wird.
 Aus der gestrigen Nachmittags-Sitzung ist noch nachzu-
 tragen, daß durch die Zeugenaussagen besonders die An-
 geklagten Pleisch und Göttscher schwer belastet wurden. Ins-
 besondere wird durch Zeugenaussagen festgestellt, daß Götts-
 cher 3- bis 4mal auf den schwimmenden Minister geschossen
 hat, worauf dieser in den Fluten versank. Auch wurde
 weiter festgestellt, daß der Angeklagte Schreiber von der
 Brücke herab geschossen hat. Ferner hat der Angeklagte
 Kliner damit gebröhlt, daß er mit Gehölsen habe, den
 Minister in die Elbe zu werfen.

Die heutigen Zeugenaussagen drehen sich mehr um
 Einzelheiten. Der Zeuge Fuhrmann teilt mit, daß der
 Angeklagte Merkel gesagt habe, er sei bei dem Mord dabei
 gewesen und habe Meuring bei der „Parabel“ geholt; der
 Mordhand müsse noch schwimmen. Merkel bestritt dies
 entschieden und bezeichnet Fuhrmann als ein altes Wack-
 weib. Zeuge Wölsel gibt an, daß der Angeklagte Pleisch
 in der Nacht nach dem Mord die Waffenausgabe im Hof-
 hause geleitet habe. Auch habe er gesagt, daß er Meuring
 mit aus dem Ministerium geholt, ihn von der Brücke ge-
 worfen und ihm ein paar blaue Wöhlen nachgeschickt habe.
 Pleisch erklärt hierzu, Wölsel habe einen Meineid geleistet,
 seine Angaben seien unwahr. Zwischen Pleisch und Wölsel
 entspiant sich dann ein Streit, im Verlaufe dessen Pleisch
 schwört, daß kein Wort von den Aussagen Wölsels wahr sei.
 Justizrat Dr. Freuzel erhebt Einspruch gegen die
 Art der Fragestellung des Vorsitzenden. Angeklagter Kliner
 erklärt, Wölsel habe ihm mit Gewalt ein Gewehr auf-

